

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 97 (2017)
Heft: 1051

Artikel: Vorteil Vielfalt
Autor: Nassehi, Armin
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-736599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorteil Vielfalt

Viele Zeitgenossen betrachten wachsende Vielfalt und Komplexität als gesellschaftliches Problem. Für den Liberalismus ist beides Teil der Lösung. Das kann ihm im Wettbewerb der politischen Ideen gerade jetzt Rückenwind geben. Ein Plädoyer.

von Armin Nassehi

Was derzeit in fast allen europäischen Ländern als «Krise der Parteidemokratie» erscheint, ist die Ununterscheidbarkeit der Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Akteure. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges waren sie die klassischen politischen Antipoden, aktuell wirken sie wenigstens insofern ununterscheidbar, als sie ausserstande scheinen oder nicht willens sind, ein zentrales Problem moderner Demokratien zu bearbeiten: Heterogenität. Kulturelle, gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Uneinheitlichkeit ist kein Programm, sondern eine moderne Erfahrung – und um es gleich vorwegzunehmen: im klassisch liberalen Sinne ist es auch eine Lösung. Blos scheinen die liberalen Kräfte im Westen, seien sie politisch organisiert oder nicht, das mehrheitlich vergessen zu haben. Warum muss sich das ändern?

Politische Identität

Zunächst: man kann eine politische Identität nur haben, wenn es auch eine politische Differenz, also konkurrierende Alternativen in der Parteienlandschaft, gibt. Blickt man auf den abgelaufenen Bundestagswahlkampf in Deutschland, wird deutlich, dass die Enttäuschung der Wähler über die aktuelle Politik viel weniger damit zu tun hat, dass die angebotenen Lösungen nicht substanziell genug oder gar sachlich unzureichend gewesen wären. Darum geht es letztlich ohnehin selten. Die Enttäuschung vieler Bürger röhrt daher, dass die Komplexität der Gesellschaft nicht über das Angebot heterogener politischer Lösungen kompensiert werden konnte. Der Einzug der nationalkonservativen AfD in den Bundestag hat also weniger mit ihren inhaltlichen Lösungskapazitäten zu tun als mit dem Umstand, dass allein das semantische Angebot einer angeblichen «Alternative» bereits reichte, um die Gunst von 13 Prozent der Wähler zu gewinnen. Dass es derzeit eher ein dezidiert rechtes als ein dezidiert linkes oder liberales Politikangebot ist, das in Europa reüssiert, ist ebenfalls kein Zufall: der offensichtlichen Krise der transnationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Union als Lieb-

Armin Nassehi

ist Professor für Soziologie an der Universität München. Im Juli dieses Jahres regte er mit seinem Essay «Eine Linke braucht es nicht mehr» in der «Zeit» einen Streit über zeitgenössische Parteipolitik an. Zuletzt von ihm erschienen: «Die letzte Stunde der Wahrheit. Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft» (Murrmann, 2017).

lingsgegner sowohl linker wie rechter Extrempositionen, begegnen viele Bürgerinnen und Bürger, indem sie sich auf vermeintlich sichere Werte wie den Nationalstaat und damit einhergehende Übersichtlichkeit und stärkere politische Kontrolle zurückbissen. Deshalb sind die Ergebnisse der europäischen Wahlen im Jahr 2017 auch keine politische Katastrophe, wie aktuell gern behauptet wird, sondern eine logisch gesehen durchaus konsequente Folge des Verlustes von Abweichungsverstärkung und Abweichungsprämiierung der politischen Konkurrenten.

Schauen wir genauer hin: der konservativen Union ist es in der Vergangenheit gelungen, das Bezugsproblem des Konservativen, nämlich die Schwäche der Menschen und ihr Bedürfnis nach institutionalisierter Orientierung, nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer kulturellen und politischen Öffnung Richtung Westen zu versöhnen. Das war eine grandiose politische Leistung, die den Konservatismus modernisiert hat. Für die Sozialdemokratie galt etwas Ähnliches: ihr ist es mit der Selbstabnabelung von ihrem marxistischen Erbe gelungen, die sogenannten «kleinen Leute» mit den Aufstiegsversprechen der bürgerlichen Demokratie zu versöhnen. Diese Leistungen der deutschen Volksparteien haben zugleich die Grundlage für Narrative gelegt, die politische Identitäten und damit auch produktive Formen der Heterogenität im politischen Streit ermöglicht haben. Davon ist allerdings 2017 nicht viel übrig geblieben. Die Volksparteien schrumpfen in der Wählergunst, und das wird sich erst dann ändern, wenn sie funktionale Äquivalente für ihre einstigen Stärken gefunden haben: Konservative müssen eine Neubestimmung des Konservativen in



«Der Liberalismus muss seine intellektuell kongruente Position beziehen – doch das ist leichter gesagt als getan.»

Armin Nassehi

Armin Nassehi, photographiert von Hans-Günther Kaufmann.

einer dynamischen Welt vornehmen – womöglich ist das derzeit eine der wichtigsten politischen Fragen, denn das konservative Bezugsproblem der Zugehörigkeit und Erwartungssicherheit scheint derzeit das zu sein, an dem sich Wahlen entscheiden. Und wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, das Aufstiegsthema mit der technologiegetriebenen revolutionären Veränderung des Arbeitslebens zu verbinden, wird sie in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Aber: was wäre denn ein zeitgemäßes Modell liberaler Politik?

Dezidiert liberale Politikfelder waren und sind einerseits die wirtschaftliche Freiheit, also die Anerkennung des Wettbewerbs als Problemlöser, und die Einsicht, dass ökonomische Dynamik dezentrale Formen braucht, um auf Ideen zu kommen. Zum anderen ist es die Verteidigung der Bürgerrechte: mit der Entwicklung neuer Technologien, die bürgerliche Rechte tangieren oder sogar schneiden, dürfte sich dieses Thema in nächster Zukunft – und das war bis vor kurzem alles andere als selbstverständlich – wieder zu einem zentralen Politikfeld entwickeln. Gleichwohl: beides sind klassisch liberale Felder, und liberale Politik wird sich stets diesen Themen widmen (müssen). Was allerdings fehlt, ist das verbindende Element dieser beiden (und anderer) Sphären, das der liberalen Idee in der realpolitischen Gemengelage die Legitimation, die eigentliche Schlagkraft zurückgibt. Der Liberalismus muss seine intellektuell kongruente Position beziehen – doch das ist leichter gesagt als getan.

Die Farbenlehre moderner Demokratien

Egal ob in Deutschland, in Frankreich oder in Grossbritannien: politische Farbenlehre ist wieder en vogue – aber nicht, wie oben beschrieben, weil die Farben so deutlich hervorstechen und Orientierung im Dickicht komplexer Problemlösungsstrategien bieten würden. Ganz im Gegenteil! Über die Farbenlehre im politischen Sinne ist nun ganz neu nachzudenken, da sich die Denkungsarten des Politischen ganz offensichtlich nicht mehr jener Ordnung fügen, die westliche politische Systeme mit allem ausstattete, was das Programm der «Demokratie» erforderte. Demokratie wäre allzu einfach beschrieben, wenn man sich allein auf die politische Selbstbeschreibung der «Volksherrschaft» kaprixierte. Demokratie ist nicht Volksherrschaft, sondern ein Mechanismus, der es ermöglicht, dass kollektiv bindende Entscheidungen auch von denen loyal getragen werden, die nicht zu jenen gehören, die diese Entscheidungen auch so getroffen hätten. Von autokratischen, diktatorischen und korrupten Systemen unterscheidet sich die Demokratie also nicht dadurch, dass sie die tatsächliche Zustimmung des Demos voraussetzt oder einholt, sondern dass sie es ermöglicht, Macht kontrollierbar zu machen und in die Schranken einer «kontrollierten Willkür» zu verweisen. Mit kontrollierter Willkür ist gemeint, dass politische Entscheidungen durchaus ein Moment an Kontingenz und willkürlichem «So-Sein» haben – sie könnten aber stets auch anders sein, sonst wären es keine Entscheidungen. Aber diese Willkür wird kontrol-

liert, wenigstens dadurch, dass auch andere Möglichkeiten im öffentlichen politischen Diskurs sagbar sind.

Der Lackmustest fürs Demokratische sind viel weniger funktionierende Institutionen oder komplizierte repräsentationstheoretische Masse einer tatsächlichen Abbildung des Volkswillens in Abstimmungen oder in Parlamenten. Der Lackmustest ist die, wenn man so will, kulturelle Fähigkeit, dass gleichzeitig unterschiedliche Lösungen sagbar sind und dass letztlich fast alle Themen politisierbar werden. Sieht man sich die problematischen Kandidaten an den Ostgrenzen Europas an – Russland und die Türkei –, ist deren Institutionenapparat letztlich demokratisch gebaut, durch Wahlen unterfüttert und durchaus mit einer wenn nicht wirklich rechtsstaatlichen, dann wenigstens rechtsförmigen Idee von Erwartungssicherheit ausgestattet. Woran es aber fehlt, ist die Fähigkeit, die Abweichung von machtnahen Lösungskonzepten, Wordings und Interessenvertretungen überhaupt legitim sagbar zu machen. Allein das Gefühl, dass die Dinge mit Konsequenzen auch anders gesagt werden können, erzeugt bereits einen Legitimationsschub für jene Entscheidungen, die tatsächlich gefällt werden.

Dieser Mechanismus heisst in der Demokratie «Opposition». Politische Gegnerschaft hat es immer gegeben, aber die Demokratie befriedet die politische Debatte dadurch, dass sie sie geradezu anstachelt. Die Opposition, will heissen: die Konfrontation mit Abweichungen, stattet die Machthaber mit Kontingenz aus, also mit einem Signet, das anzeigt, dass es sich um «Nichtalternatives» handelt, dass also Entscheidungen nicht einfach Kausalketten sind, sondern ein Moment Unbestimmbarkeit beinhalten. Anders gesagt: die Opposition zwingt den Machthaber, für jene Entscheidungen, die dieser ohnehin treffen kann, gute Gründe parat zu haben. Durch die Opposition kontrolliert sich der Machthaber gleichsam selbst, denn sein Kommunikationsverhalten wird ein anderes, weil er stets damit rechnen muss, gute Gründe angeben zu müssen, wenn er gefragt wird. Demokratie radikaliert und entschärft damit Opposition gleichermaßen: sie radikaliert sie dadurch, dass sie das Oppositionelle in die politischen Institutionen integriert, ihm Rechte und Pflichten zuschreibt, es mit Ressourcen ausstattet und als Alternative für den Fall führt, sollte die Regierung scheitern. Damit entschärft sie Opposition zugleich, weil es für oppositionelle Politik keine Gegnerschaft mehr gegen das politische System, sondern nur gegen den politischen Gegner braucht.

Was hat all das mit dem Bezugsproblem des Liberalismus zu tun? Zweifaches: zum einen ist die Entstehung demokratischer politischer Systeme in Europa und Nordamerika ein ursprünglich liberales Konzept. Zum anderen ist der Liberalismus diejenige Idee, der dieser eben für das politische System skizzierte Oppositions- und Abweichungsmechanismus als zentrales Fortschrittsmoment besonders markant eingeschrieben ist: Ohne Heterogenität, ohne Abweichung, ohne Opposition, ohne Wettbewerb – so schon seine klassischen Vordenker – kann es keinen Fortschritt geben. Zeitgenössische Libe-

rale proklamieren dieses Ideal mitsamt seinen Folgen für alle gesellschaftlichen Sphären nur selten, weshalb sich an dieser Stelle ein kleiner Exkurs zum klassischen Liberalismus, dessen Abglanz bis heute dafür sorgt, dass sogar das opportunistischste FDP-Mitglied noch einen intellektuellen Schatten werfen kann, anbietet.

Der klassische Liberalismus und die Demokratie

Der klassische Liberalismus war eine Bewegung, die man vor allem aus seiner historischen Genese verstehen muss. Man kann John Lockes Betonung der individuellen Freiheit und vor allem des Besitzindividualismus nur vor dem Hintergrund der «Glorious Revolution» in England im Jahre 1689 verstehen. Diese Kritik des Absolutismus ist ein Kind ihrer Epoche, setzt sich aber als eine allgemein staatskritische Perspektive bis heute fort. Ähnliches gilt für den zweiten grossen Theoretiker des Liberalismus, für John Stuart Mill, der fast 200 Jahre später sein Buch «On Liberty» schrieb. Darin heisst es, der Einfluss des Staates auf die Gesellschaft müsse begrenzt werden, weil ausufernde Staatstätigkeit «den aktiven und ehrgeizigen Teil der Öffentlichkeit mehr und mehr zu Mitläufern der Regierung oder irgendeiner Partei, die danach strebt, die regierende Partei zu werden», verwandle. Und im 20. Jahrhundert ist es wohl Friedrich August von Hayek, der die liberale Staatsferne sogar als Demokratiekritik auf den Begriff bringt. Er kritisiert an der Demokratie, dass Politik sich gewissermassen in den Dienst der Wähler stelle und deren Wünsche befriedigen wolle und deshalb in die Autonomie ökonomischer Freiheit eingreifen müsse.

Das historische Erbe jenes Liberalismus ist die Kritik des Machthabers, nicht aber eine Kritik der Macht. Niemand wird heute noch ernsthaft behaupten können, dass politische Ordnung ohne die Zentralisierung von Macht und ohne die Ressourcen ihrer Durchsetzbarkeit möglich ist. Die liberale Kritik des Absolutismus freilich als Grundlage für die Entstehung moderner politischer Systeme bestand vor allem darin, die pure Selbstbezogenheit der Macht darzustellen und gewissermassen dialektisch vorzuführen: indem Kommunikation ohne operative Macht die operative Macht und ihre Geltungsbedingungen sichtbar macht. Man kann erst dann darüber nachdenken, wer eigentlich herrschen soll, wie man die potenziell Herrschenden identifizieren soll, nach welchen Kriterien man sie auswählt, wie man sie wieder los wird und nach welchen Verfahren all das bewerkstelligt werden soll. Die moderne politische Demokratie ist damit letztlich Ausdruck einer liberalen Kritik der absoluten, nicht rückbezogenen Herrschaft.

Besonders interessant in dieser Hinsicht – und ein Signet liberaler Selbstbeschreibung im Politischen – ist der Zusammenhang von Einheit und Differenz. Ralf Dahrendorf hat dahingehend 1990 so formuliert: «Heterogenität ist eine Qualität liberaler Gemeinwesen. Sie fordert die feste Fundierung der allgemeinen Institutionen und zugleich den praktizierten Respekt vor kulturellen Besonderheiten. Freiheit der Religionsausübung gilt für alle Konfessionen und auch für diejenigen, die keine Religion

ausüben wollen. Türken in deutschen Schulen müssen Deutsch sprechen und auf Deutsch unterrichtet werden, aber das Eigenleben ihrer Kulturgruppe verdient Schutz und auch Unterstützung. Insoweit ist der Nationalstaat ein Fortschritt, der herausführt aus der Stammesexistenz.» Der Kontext dieser Äusserungen war die Frage nach der Bedeutung des Nationalstaates ange-sichts der Neuordnung der politischen Welt mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus. Schön kommt in diesen Sätzen aber die Grundlage liberalen Denkens zum Vorschein: Einerseits bedarf es einer institutionellen Ordnung, die nicht in Frage stehen darf, andererseits hat der Staat die Heterogenität der Gesellschaft zu schützen. Die Blickrichtung seit Locke hat sich also umgekehrt: ging es dort noch um die Begrenzung der staatlichen Autorität und den Schutz der Gesellschaft vor der Willkür des Staates, ist es nun die staatliche Autorität, die die Pluralität der Gesellschaft schützen soll und die Bedingungen für Heterogenität zu sichern hat. Dahrendorfs Kritik der «Stammesexistenz» könnte kaum aktueller sein – man denke an die Sezessionsbewegung in Katalonien oder an rechtspopulistische Ideologien des «reinen» homogenen Volkes.

Die moderne, liberale Demokratie ist im Lichte dieser beiden klassisch-liberalen Traditionen gesehen nichts anderes als eine funktionale Antwort auf Heterogenität. Sie ist ein Mechanismus der Abweichungsverstärkung: Sie garantiert gerade nicht die Identifikation des einen und einheitlichen Volkswissens, sie garantiert, dass Heterogenes gehört werden kann – sofern es denn angeboten wird. Diese radikal-demokratische Idee kann etwa mit von Hayek so weit gehen, an der Demokratie zu kritisieren, dass der Staat sich durch den entstehenden Machtkreislauf gehemmt fühlt, das Richtige zu tun, und stattdessen potenziellen Wählern nach dem Mund redet. Hayek nimmt also die Frage der Heterogenität der Perspektiven wirklich ernst: sein «Wettbewerb als Entdeckungsverfahren» geht davon aus, dass die Anmassung einer Zentralposition Suchbewegungen nach neuen Lösungen korrumptiere.

Abweichen als Lösung

Was den Liberalismus trägt und bis heute auszeichnet, ist also weniger eine abstrakte Idee als die unhintergehbare Erfahrung einer Perspektivität von Positionen und der Falsifizierbarkeit von Lösungen durch bessere Lösungen. Das sind tatsächlich praktische Erfahrungen der gesellschaftlichen Moderne, die in technischer, ökonomischer, ästhetischer und nicht zuletzt moralischer Hinsicht Heterogenität nicht als Problem, sondern als Lösung behandeln. In kybernetischen Begriffen erinnert das an William Ross Ashbys Gesetz der erforderlichen Vielfalt (law of requisite variety), nach dem ein System nur dann überlebensfähig ist, wenn es dynamisch auf Umweltveränderungen reagieren kann und seine operative Einheit sichert, indem es sich nach eigenen Massgaben verändert kann.

Diese Denkart ist hervorragend geeignet, einer Gesellschaft, die ihre Einheit weder in ihrer Spitze finden kann (wie in hochkul-

«Friedrich August von Hayek war kurz davor, den entsprechenden Algorithmus anzubieten: Strukturen dadurch zu verändern, dass man radikal darauf setzt, die Anmassung einer Zentralperspektive zu brechen.»

Armin Nassehi

turellen Gesellschaftssystemen) noch über autoritäre Herrschaft sichern kann (wie im Zeitalter des Absolutismus), zu kollektiven Verbindlichkeiten zu verhelfen und dabei die Heterogenität ihrer sozialen Lebensformen, religiösen Traditionen, wissenschaftlichen Wahrheiten, ökonomischen Lösungen und künstlerischen Stile zu wahren. Wenn es stimmt, dass das Bezugsproblem des Liberalismus Heterogenität ist, und wenn es stimmt, dass die Demokratie letztlich ein Programm der Bewältigung und Gestaltung von widersprüchlichen Informationen, Erfahrungen und Interessen ist, dann beruht letztlich das politische wie auch das gesellschaftliche Modell von Modernität zuvorderst auf der liberalen Grunderfahrung des Heterogenitätsmanagements.

Modernität, auf eine Formel gebracht, heißt: Abweichungsverstärkung. Oder einfacher: Lösungen sind nur Lösungen im Hinblick auf vorherige schlechtere Lösungen. Innovationen sind Innovationen, weil sie frühere Innovationen als ungültig betrachten können. Wettbewerb ist nur dann Wettbewerb, wenn man für das gleiche Problem mehrere Lösungen für denkbar hält. Kommunikation ist nur dann Kommunikation, wenn man von kausalen Notwendigkeiten abweichen kann und Überraschungen möglich sind. Lebensformen können sich selbst nur deshalb als solche verstehen, weil auch

andere Formen ebenso denkbar wie legitim sind. Und politisch sind Lösungen dann, wenn sie in Wettbewerb mit anderen Lösungen treten können. Wo das nicht der Fall ist, ist das liberale Programm moderner Staatlichkeit und Politik gescheitert.

Liberale Politikprogramme

Parteien und ihre Programme sind nun gewissermaßen Institutionen, also auf Dauer gestellte Muster, die vor allem davon leben, dass sie die Heterogenität des Gesellschaftlichen im politischen System sichtbar machen können: Das eher konservative Politikelement setzt dann auf tradierte Strukturen innerhalb der Gesellschaft, um zwischen der Dynamik der Ungleichheit generierenden Ökonomie und jener der Gleichheit versprechenden Formen des Rechts und der politischen Teilhabe zu vermitteln, während eher sozialdemokratische Modelle eine ähnliche Vermittlung vornehmen, aber weniger auf tradierte Strukturen als auf regulierende Institutionenkontrolle setzen. Deziidiert linke Politikprogramme setzen auf die Idee des Gesellschaftsumbaus und der zentralen Kontrolle, während deziidiert rechte Politikprogramme vor allem auf ethnische/völkische Homogenität setzen, um der Dynamik der Gesellschaft Herr zu werden. So weit, so schematisch. Wie die klas-

sischen Mitte-Links- und Mitte-Rechts-Programme bedürfen freilich auch liberale politische Denkungsarten einer Modernisierung. Wie könnte sie im Hinblick auf das bisher Ausgeführte aussehen?

Der klassische Bürgerrechtsliberalismus ist ein Liberalismus, der die Heterogenität von gesellschaftlichen Gruppen ohnehin stets im Blick hatte: one man, one vote, Frauen- und Minderheitenrechte, Antirassismus, Schutz des Exzentrischen, Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit etc. Das sind klassische liberale Werte, die auf die Heterogenität des gesellschaftlichen Personals zielen. Zeiten, in denen solche Freiheiten explizit in Frage gestellt werden – ja, es sind die unsrigen –, müssten goldene Zeiten für Liberalen sein!

Zugleich müssen wir feststellen, dass es neben der sozialen auch eine sachliche oder operative Ebene von Heterogenität in modernen Gesellschaften gibt. Soziologisch nennt man das «funktionale Differenzierung», also die Ausdifferenzierung von Funktionen, die je unterschiedliche Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen und damit auch ganz unterschiedliche Erfolgsbedingungen haben. Um es einfach auf den Begriff zu bringen: wer politisch handelt, muss andere Probleme lösen als jemand, der etwas auf Märkten verkauft oder für Märkte produziert. Es sind unterschiedliche Erfolgsbedingungen, die das Handeln bestimmen, und es sind vor allem unterschiedliche Publika, vor denen man überzeugen muss. Und buchstäblich unterscheiden sich die Währungen solcher Transaktionen. Man kann das weiterführen: rechtliche Regulierungen folgen anderen Bedingungen als rein moralische. Die Lösung wissenschaftlicher Probleme unterscheidet sich von denen unternehmerischer oder politischer Natur. Das Schöne, das Wahre und das Gute sind nicht in eins zu bringen. Es ist vielmehr der Traum aller radikalen Ideologien, diese Differenzen aufzuheben – linke Ideologien laborieren dann an einer Totalpolitisierung der Märkte, der Wissenschaft, der Kultur, sogar des Religiösen. Und rechte Ideologien setzen auf unbegründbare Zugehörigkeitsformen und unbedingte Solidarität mit dem und mit dem Eigenen. Beide scheitern an der Komplexität der Gesellschaft – wie auch die Mitte-Politik der letzten Jahre daran gescheitert ist, innerhalb der komplexen Differenziertheit der Probleme mit heterogenen Alternativen aufzuwarten.

Anderes könnte der Liberalismus anbieten: von einem modernisierten Liberalismus darf erhofft werden, eine Denkart zu etablieren, die die sachliche Heterogenität der Gesellschaft aufnimmt, und zwar nicht nur die sozialen Gruppen, sondern auch die Heterogenität der Funktionen. Wie lassen sich politische Regulierungsnotwendigkeiten und ökonomische Dynamik neu aufeinander beziehen? Wie kann man wissenschaftliche Erkenntnisse in unternehmerische und politische Konzepte übersetzen? Wie können Eliten aus den verschiedenen Sphären der Gesellschaft miteinander ins Gespräch kommen? Wie lässt sich von solchen Akteuren erwarten, dass sie ein reflexives Verhältnis zu sich selbst aufbauen können? Und wie lässt sich die Naivität vermeiden, als ginge es hier um einen allgemeinen Konsens?

Die Anmassung der Zentralperspektive brechen

Sind diese Fragen zu abstrakt? Ja, das sind sie. Aber es sind die Fragen, die unmittelbar das Erbe des politischen Liberalismus seit John Locke aufnehmen. Es sind Fragen einer Neuübersetzung des Problems der Heterogenität auf eine Gesellschaft, die sich nicht mehr einzig auf die eingespielten Routinen ihrer nationalstaatlichen Institutionen verlassen kann. Es sind Fragen, wie Eliten in die Lage versetzt werden, die Differenziertheit der Gesellschaft nicht zu bekämpfen oder als Störung anzusehen, sondern als Chance für den Wettbewerb der Ideen. Es sind Fragen, die deshalb liberal sind, weil sie von dem Gedanken besetzt sind, dass keine der Perspektiven, weder die politische noch die ökonomische, weder die wissenschaftliche noch die religiöse, weder die rechtliche noch die ästhetische, eine Zentralperspektive (oder: alternativlos) ist.

Friedrich August von Hayek war kurz davor, dafür den entsprechenden Algorithmus anzubieten: Strukturen dadurch zu verändern, dass man radikal darauf setzt, die Anmassung einer Zentralperspektive zu brechen. Heute sollte man das nicht mehr nur zum Schutze der Märkte tun, sondern übers Ökonomische hinaus in Anerkennung der Heterogenität einer Gesellschaft, deren Zentralinstanzen eben keine zentralen Instanzen sind, sondern sich in permanentem Widerstreit befinden. Genau das ist doch der Versuchsaufbau, für den sich Liberale immer interessiert haben! Und es wäre womöglich auch eine Erweiterung dessen, was bis heute Demokratie hiess: nicht nur die Repräsentation von Gruppen und Interessen, sondern auch die Repräsentation und Berücksichtigung der Heterogenität der gesellschaftlichen Funktionen in einem System ohne Zentrum und ohne Spalte.

Der Wettbewerbsvorteil eines modernisierten Liberalismus müsste diese unbedingte Parteinahme für Heterogenität sein – nicht nur auf Märkten oder im Hinblick auf Lebensstile und Lebensformen, sondern auch gesellschaftlich im Hinblick auf die Heterogenität von Aufgaben, Funktionen, Professionen und Problemlösungstools. Auch wenn aktuelle Wahlen vielleicht durch die Lösung konservativer Bezugsprobleme gewonnen werden, das operative Problemlösungspotenzial für eine moderne komplexe Gesellschaft braucht eine liberale Denkungsart im angedeuteten Sinne.

Hayek hatte völlig recht damit, dass Politik manche Probleme womöglich nicht lösen kann, weil ihre Erfolgsbedingung in Wahlen und in ihrem Erscheinungsbild in der öffentlichen Meinung oftmals dem sachlich Notwendigen widerspricht. Manche Themen etwa sind in Wahlkämpfen nur um den Preis der Nichtwählbarkeit kommunizierbar. Aus diesem Dilemma gibt es keinen systematischen Ausweg. Daraus einen antipolitischen Schluss zu ziehen, wäre aber völlig falsch. Die liberale Alternative zum Status quo ist nicht die Abschaffung des Politischen, sondern das Erstnehmen der Vielfalt und der Anspruch, ihre Vorteile publik und sie selbst nutzbar zu machen, wo immer es geht. ◀